

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadt Reinbek
Hamburger Straße 5-7
Reinbek
21465
Deutschland
Kontaktstelle(n): Amt für Stadtentwicklung und Umwelt
Telefon: +49 4072750289
E-Mail: stadtentwicklung-umwelt@Reinbek.landsh.de
Fax: +49 4072750379
NUTS-Code: DEF0F

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.reinbek.de/>
Adresse des Beschafferprofils: www.luchterhandt.de/verfahrensmanagement/5615/

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.luchterhandt.de/verfahrensmanagement/5615/

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

büro luchterhandt
Shanghaiallee 6
Hamburg
20457
Deutschland

E-Mail: reinbek@luchterhandt.de

Fax: +49 40707080780

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.luchterhandt.de>
Adresse des Beschafferprofils: www.luchterhandt.de/verfahrensmanagement/5615/

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

büro luchterhandt
Shanghaiallee 6
Hamburg
20457
Deutschland

Telefon: +49 4070708070

E-Mail: bewerbung@luchterhandt.de

Fax: +49 40707080780

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.luchterhandt.de>

Adresse des Beschafferprofils: www.luchterhandt.de/verfahrensmanagement/5615/

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

VgV-Verfahren Modernisierung und Erweiterung des Schulzentrums Mühlenredder, Reinbek - Leistungen der Objektplanung Gebäude gem. § 34, Tragwerksplanung gem. § 51 Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71000000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Durch den Zuwachs an Schülerinnen und Schülern am Schulzentrum Mühlenredder plant die Stadt Reinbek den Umbau, die Erweiterung und Modernisierung des Standorts. Es gilt, dass im Juni 2016 erstellte Raumprogramm und Funktionsschema umzusetzen, um den Standort den derzeitigen und zukünftigen Anforderungen an den Schulbetrieb anzupassen. Hierbei sind die Leistungen der Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI 2013 (LPh 1-9, stufenweise), Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013 (LPh 1-6, stufenweise) und Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI 2013 (LPh 1-9, stufenweise) zu vergeben. Die Baukosten sind auf 9 400 000 EUR netto (KG 300/400) geschätzt.

Näheres siehe Abschnitt II.2.2 dieser EU-Bekanntmachung.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 2 000 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71240000

71327000

71320000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEF0F

Hauptort der Ausführung:

Stadt Reinbek, Schleswig-Holstein

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Das Amt für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Reinbek plant den Standort der Gemeinschaftsschule Schulzentrum Mühlenredder zu modernisieren und zu erweitern.

Das Schulzentrum Mühlenredder liegt am Mühlenredder 30 in Reinbek und das Gelände ist von einem größerem Gebäude (Baujahr 1970er), das leicht gen Nordosten von der Grundstücksmittle versetzt liegt. Das ca. 2,6 ha große Grundstück weist einen relativ dichten Baumbestand auf. Westlich und östlich des Geländes befinden sich Wohnhäuser, nördlich befindet sich eine Kita und südlich liegt die Straße Mühlenredder. Das Schulzentrum beherbergt zum einen die Gemeinschaftsschule mit derzeit 670 Schülerinnen und Schülern und 60 Lehrkörpern sowie die Amalie-Sieveling-Schule mit 22 Schülerinnen und Schülern und 12 Lehrkörpern. Diese Schule ist ein Förderzentrum für Schülerinnen und Schüler mit einem ausgewiesenen sonderpädagogischen Förderbedarf.

In dem 2016 im Rahmen einer Phase Null aufgestellten Raumprogramm und Funktionsschema wurde ein Nutzflächenbedarf von ca. 6000 m² NUF für die vorraussichtliche Schülerzahl von 700 festgestellt (ca. 3000 m² im zu sanierenden/modernisierenden Bestand und ca. 3000 m² in einem Erweiterungs-/Neubau). Im Rahmen der Phase Null wurde eine Gebäudeanalyse erstellt und die Variante 1 wurde von der Stadt Reinbek bevorzugt. Die Variante 1 sieht vor, das Schulzentrum Mühlenredder durch Sanierung, Umbau und Erweiterungsbau weiterzuentwickeln. Es gilt, diese Variante unter Einhaltung des Kostenvolumens von 11 500 000 Mio. (netto) (KG 200-700, stufenweise Vergabe) weiterzuentwickeln. Folgendes ist dabei umzusetzen: Anpassung Raumgrößen, pädagogisch nutzbare Verkehrsflächen, kompakter Baukörper, Erreichen von Barrierefreiheit, natürliche Belichtung und Belüftung und eine evtl. öffentlich nutzbare Aula/Mensa.

Im Rahmen dieses VgV-Verfahrens werden in der Verhandlungsphase zudem Lösungsvorschläge erwartet. Die Lösungsansätze sollen ein möglichst optimales Verhältnis zwischen langlebigen Baukonstruktionen, hoher Energieeffizienz, niedrigen Betriebskosten, anspruchsvoller Gestaltung und wirtschaftlicher Erstellung vorweisen. Ziel ist es, die Gesamtmaßnahme unter Berücksichtigung des laufenden Schulbetriebes und in Abstimmung mit der Schule zu realisieren.

Allen Bietern wird mit dem Versand der Angebotsaufforderung das Raumprogramm und Funktionsschema samt Gebäudeanalyse zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Reinbek lässt sich bei der Durchführung dieses VgV-Verfahrens durch das Büro Luchterhandt, Hamburg, beraten und unterstützen.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Struktur des Projektteams zur Erfüllung dieser Ausschreibung / Gewichtung: 8

Qualitätskriterium - Name: Personalspezifische Qualifikationen und Erfahrung mit vergleichbaren Projekten / Gewichtung: 8

Qualitätskriterium - Name: Auftreten der Projektleitungen / Gewichtung: 8

Qualitätskriterium - Name: Methodische Herangehensweise an die Planungs- und Bauaufgabe / Gewichtung: 4

Qualitätskriterium - Name: Maßnahmen zur Einhaltung der Kosten- und Terminalsicherheit in der Planungs- und Ausführungsphase / Gewichtung: 4

Qualitätskriterium - Name: Methoden zur Sicherstellung der örtlichen Präsenz während der Bauphase / Gewichtung: 4

Qualitätskriterium - Name: Grobterminplan vom vorgesehenen Planungsbeginn bis zur Fertigstellung und Übergabe an den Nutzer (aller Planungsdisziplinen) / Gewichtung: 4

Qualitätskriterium - Name: Städtebauliche und architektonische Qualität / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Qualität des raum-pädagogischen Konzeptes / Gewichtung: 20

Kostenkriterium - Name: Honorarangebot / Gewichtung: 20

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 2 000 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 60

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Auftrag kann dem Baufortschritt entsprechend verlängert werden.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung zugelassen. Die AG wählt anhand der erteilten Auskünfte unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die sie zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der eingereichten Projekte aus der Leistungsübersicht.

Für die Leistungen gem. § 34 HOAI 2013 Objektplanung Gebäude, § 51 HOAI 2013 Tragwerksplanung und § 55 HOAI 2013 Technische Ausrüstung gelten die in dem Bewerbungsbogen unter D1.2 genannten Kriterien.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphasen 4-9 gem. § 34 HOAI 2013 Objektplanung Gebäude als optionale Beauftragung durch Bestimmung des Auftraggebers

- Leistungsphasen 4-6 gem. § 51 HOAI 2013 Tragwerksplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des Auftraggebers

- Leistungsphasen 4-9 gem. § 55 HOAI 2013 Technische Ausrüstung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des Auftraggebers

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Formale Vorgaben siehe Anlagen der EU-Bekanntmachung.

Geforderte Leistungen für den Lösungsvorschlag siehe Anlage Leistungsbild.

Vergütung Lösungsvorschlag: 5 500 EUR (netto)

Fragen und Antworten im Teilnahmewettbewerb finden sich auf der Seite www.luchterhandt.de/verfahrensmanagement/5615/

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Siehe III.1.2)

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Für den Teilnahmeantrag ist ein Bewerbungsformular (Anlage 1 zur Auftragsbekanntmachung) zu verwenden. Zur Angabe der Nachweise ist der Bewerbungsbogen vollständig ausgefüllt und unterschrieben einzureichen. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist möglich. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft hat die geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Der Bewerbungsbogen ist für eine Bietergemeinschaft nur einmal vorzulegen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

B1: Erklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/Zusammenarbeit.

B2: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen. Nachweis durch Auszug aus dem Gewerbezentralregister (Bundesregister) nach § 150 Gewerbeordnung, beziehungsweise bei ausländischen Bewerbern eine gleichwertige Bescheinigung (maximal 3 Monate alt). Alternativ: Nachweis durch Eigenerklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlusskriterien nach §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und keine Verstöße gegen das Arbeitnehmerentendegesetz vorliegen.

B3: Nachweis über die Eintragung im Berufs- beziehungsweise Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Hinweis: Ein Handelsregister- oder Partnerschaftsregisterauszug muss gültig und darf nicht älter als 3 Monate sein. Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs.).

B4A: Nachweis über geleistete Steuerzahlungen vom zuständigen Finanzamt

B4B Nachweis über geleistete Sozialabgaben

B5: Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen

C1: Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 (4) Nummer 2 der Vergabeverordnung (VgV)).

C2: Erklärung über den Gesamt- und Teilumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 45 (4) Nummer 4 der Vergabeverordnung (VgV)) für dem Auftrag vergleichbare Leistungen. Sofern in Bietergemeinschaft beziehungsweise mit Eignungsleihe angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft beziehungsweise inklusive der Unternehmen, von denen Eignung geliehen wird zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Die aufgezählten Nachweise dürfen nicht älter als 3 Monate (Nachweise der Versicherung nicht älter als 12 Monate) und müssen noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise in englischer oder deutscher Sprache vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu C1: Die Deckungssummen müssen mindestens 3 000 000 EUR für Personenschäden, mindestens 1 000 000 EUR für sonstige Schäden abdecken.

zu C2: Der durchschnittliche Gesamt- und Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre (2014/2015/2016) für die dem Auftrag vergleichbare Leistungen Objektplanung gem. § 34 HOAI muss mindestens 700 000 EUR (brutto) betragen. Der durchschnittliche Gesamt- und Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre (2014/2015/2016) für die dem Auftrag vergleichbare Leistungen Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI muss mindestens 400 000 EUR (brutto) betragen. Der durchschnittliche Gesamt- und Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre (2014/2015/2016)

für die dem Auftrag vergleichbare Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI muss mindestens 500 000 EUR (brutto) betragen.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

D1: Liste der wesentlichen in den letzten 7 Jahren (Stichtag: 1.1.2010) erbrachten Leistungen (§ 46 (3) Nr. 1 der Vergabeverordnung (VgV))

D2: Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers gem. Abschnitt III.2.1)

D3: Erklärung der Beschäftigtenzahl in den letzten 3 Jahren (§ 46 (3) Nummer 8 der Vergabeverordnung (VgV))

Über die geforderten Nachweise hinaus abgegebene Unterlagen (Broschüren oder Ähnliches), bleiben unberücksichtigt. Maßgeblich sind die Angaben im Teilnahmeantrag.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu D1: Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 7 Jahre (Stichtag 1.1.2010) bearbeitet und abgeschlossen worden sein. Jedem aufgelisteten Projekt ist ein Referenzschreiben oder eine Referenzbestätigung des Bauherrn beizulegen. Dieser Mindeststandard gilt für alle Referenzen, die eingereicht (in die Leistungsübersicht D1.3 eingetragen) werden. Referenzen werden sowohl für die Erfüllung der Mindest- als auch der Auswahlkriterien herangezogen. Eine Mehrfachnennung ist dafür nicht erforderlich. Kann der Bewerber kein Referenzschreiben oder keine Referenzbestätigung des Bauherrn beschaffen, so ist eine vom Bewerber unterzeichnete Eigenerklärung über die erbrachten Leistungen mit Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner (inklusive Telefonnummer) vorzulegen. Es werden nur Referenzen bewertet, für die ein Referenzschreiben oder eine Referenzbestätigung des Bauherrn beziehungsweise eine Eigenerklärung des Bewerbers vorliegt.

Die für die Leistungen gem. § 34 HOAI 2013 Objektplanung Gebäude, gem. § 51 HOAI 2013 Tragwerksplanung und gem. § 55 HOAI 2013 Technische Ausrüstung zwingenden Referenzen der Leistungsübersicht sind in den Anlagen der EU-Bekanntmachung (Bewerbungsbogen) zu finden.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

— Architekt/-in gem. § 75 (2) VgV für die Leistungen Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI 2013

— Bauingenieur/-in (oder vergleichbarer Hochschulabschluss mind. FH) gem. § 75 (2) VgV für die Leistungen Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013

— Ingenieur/-in (oder vergleichbarer Hochschulabschluss mind. FH) gem. § 75 (2) VgV für die Leistungen Technische Ausrüstung HLS/ELT gem. § 55 HOAI 2013

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Bieter, Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften haben die Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und zum Mindestlohn gem. § 4 TTG – SH abzugeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung gemäß § 4 Absatz 3 Satz 1 des Tariftreue- und Vergabegesetzes Schleswig-Holstein (TTG) hinsichtlich der Zahlung des vergaberechtlichen Mindestlohns von 9,99 EUR/Std. nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland tätig sind und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland erbringen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 04/08/2017

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 12 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Anlagen:

- Leistungsbild Lösungsvorschlag
- Bewerbungsbogen
- Bebauungsplan
- Raum- und Funktionsschema

Der Auftraggeber beabsichtigt, mit der Angebotsaufforderung von den ausgewählten Bietern einen Lösungsvorschlag abzufordern. Das geforderte Leistungsbild ist als Anlage beigefügt. Für die Erstellung des Lösungsvorschlags erfolgt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe von 5 500 EUR (netto).

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Postfach 7128

Kiel
24171
Deutschland

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es wird auf § 160 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Postfach 7128
Kiel
24171
Deutschland

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

04/07/2017